

sen auf niedrigstem Niveau für öffentliche Schulden eliminiert auch noch den dritten der drei wichtigen makroökonomischen Preise Wechselkurs, Lohn und Zins. In der EWU wird daher derzeit das Stück „Marktwirtschaft ohne Marktpreise“, eine Art Hamlet ohne den Prinzen, aufgeführt.

Der Leser fragt sich freilich, ob diese Reformvorschläge in allen Ländern auf Zustimmung stoßen und wenn nicht, wie sie durchgesetzt werden können. Schließlich profitieren viele Euroländer von der Möglichkeit, den Markt als Disziplinierungsinstrument umgehen zu können und in der EZB einen willfährigen Käufer ihrer Schuldtitel zu haben.

Einen Hebel, um die Zustimmung der Schuldnerländer zu ihrem „pragmatischen Vorschlag“ zu gewinnen, sehen die Autoren in der Lösung der Altschuldenproblematik. Sie sind – zurecht – der Meinung, dass ohne Lösung des Problems der Altschulden eine wirtschaftliche Erholung der Eurozone auf absehbare Zeit nicht möglich ist. Die traditionellen Entschuldungsinstrumente Inflation, Zinsdeckelung, Wachstum, Vermögensabgaben sind rechtlich, wirtschaftlich oder politisch nicht oder in nicht ausreichendem Umfang gangbar. Implizite Schuldenvergemeinschaftungen durch wohlklingende Fonds und Pakte oder die EZB-Käufe von Staatsschuldtiteln, lehnen sie zu Recht ab. Stattdessen plädieren sie für eine offene, demokratisch legitimierte Solidarhaftung für Staatsschulden jenseits der 60%-Grenze. Die Bereitschaft zur Übernahme dieser Solidarhaftung sollte Deutschland aber an die Bedingung knüpfen, die genannten institutionellen Reformen vertraglich zu vereinbaren. Auf diese Weise käme Deutschland auch aus der Rolle des ewigen Neinsagers heraus und hätte stattdessen einen attraktiven „Deal“, um diese merkantil-neupräsidentale Terminologie aus Übersee zu verwenden, anzubieten. Zudem könnte Deutschland so der Strategie Frankreichs und Italiens, die Währungsunion schrittweise in eine Transferunion zu transformieren, eine eigene, alternative Strategie entgegen setzen, was nach dem Brexit nötiger werden dürfte als je zuvor.

Mit einem Ausblick auf die zukünftige Rolle Deutschlands in der EWU schließt das Buch ab.

Auch wenn, wie die Autoren selbst sagen, ihre Vorschläge die Eurokrise nicht „lösen“ würden, so würden sie doch dem Euroraum eine bessere Perspektive eröffnen als nahezu alles andere, was man bisher dazu lesen konnte. Der politische Kern des Problems ist klar erkannt und benannt: Das Maastricht-Konzept des „unpolitischen Geldes“ ist in der Eurokrise geopfert worden – zur Freude derer, die es von Anfang an nicht wollten. So ist der Euro auf dem Weg zum Transfergeld. Vorschläge, wie die der Autoren, diesen Weg zu stoppen, sind aller Ehren wert. Sie basieren aber letztlich auf der gleichen Hoffnung, die schon in Maastricht getrogen hat, nämlich der, dass vertragliche Vereinbarungen eingehalten werden, wenn es später Mehrheiten von Ländern gibt, die die Einhaltung nicht wollen. Und ob die südeuropäischen Länder sich auf den vorgeschlagenen Deal „Solidarhaftung gegen Reformen“ überhaupt einlassen werden, oder die nächste Krise abwarten, in der dann die Solidarhaftung vermutlich ohnehin kommt, wird man sehen.

Den Autoren Becker und Fuest gebührt jedenfalls das Verdienst, ein gut durchdachtes Konzept zu einer notwendigen Reform des Maastricht-Vertrages vorgelegt zu haben.

**Hans-Werner Sinn: Der schwarze Juni. Brexit, Flüchtlingswelle, Euro-Desaster – Wie die Neugründung Europas gelingt. Herder Verlag, Freiburg 2016, 382 Seiten, ISBN 978-3-451-80876-0. € 24,99**

Sinn, 69, ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität, ehemaliger Präsident des ifo-Institutes München, des Vereins für Socialpolitik und des Weltverbandes der Finanzwissenschaftler, Ehrendoktor zahlreicher Universitäten, Träger vieler weiterer Auszeichnungen und vielgelesener Autor ökonomischer Sachbücher. Formal korrekt müsste es heißen „Professor im Ruhestand“, aber einen Professor Sinn im Ruhestand gibt es nicht. Jedenfalls nicht in diesen Zeiten.

Was sind das für Zeiten? Seit 2010 befindet sich die Europäischen Union (EU) im Krisenstatus: Zum ersten hat sich die Eurozone von dem erhofften Integrationsmotor zu einem faktischen Spaltpilz entwickelt: Es begann mit den – vertragswidrigen – fiskalischen Rettungsprogrammen von 2010. Es folgte die – ebenfalls vertragswidrige – Zusage des Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB) 2012 an die Gläubiger, die Steuerzahler aller Eurostaaten für die Schulden der kriselnden Eurostaaten in Haftung zu nehmen. Zum zweiten offenbart die Flüchtlingswelle mit ihrem vorläufigen Höhepunkt im Jahr 2015 fundamentale Meinungsverschiedenheiten zwischen den EU-Mitgliedstaaten über den Umgang mit den Flüchtlingen. Zum dritten hat die Brexit-Entscheidung am 23. Juni 2016 mit dem ersten Austritt eines EU-Landes, noch dazu eines der großen Länder, das Selbstverständnis der Gemeinschaft tief erschüttert. Und zum vierten schließlich hat die Kapitulation des Bundesverfassungsgerichts BVerfG vor dem Europäischen Gerichtshof EuGH am 21. Juni 2016 klargestellt, dass das BVerfG nicht gewillt ist, dem vom EuGH gebilligten Missbrauch der Geldpolitik der EZB für eine Umverteilung von Nord nach Süd entgegen zu treten. Die beiden im Juni getroffenen Entscheidungen, das „Austrittsbillett“ für das Vereinigte Königreich, UK, und der „Freifahrtsschein“ für die EZB haben dem Buch den Titel gegeben.

Sinn schildert die volkswirtschaftlichen Auswirkungen des Brexit, der Flüchtlingswelle und der als Geldpolitik verbrämten Staatenrettungspolitik der EZB in der ihm eigenen, unnachahmlichen Deutlichkeit. Die klare und bildhafte Sprache, die unerbittliche Logik der vorgetragenen Argumente, die Benennung von „Ross und Reiter“ bei Fehlentwicklungen sowie die Überzeugungskraft der präsentierten Fakten würden die Lektüre zu einer reinen Freude machen, wenn die diagnostizierte Lage nicht so düster wäre.

Zum Glück belässt Sinn es nicht bei der Diagnose sondern er präsentiert im letzten der fünf Kapitel des Buches über 80 Seiten hin einen 15-Punkte Plan zur Therapie. Sie verlangt nicht weniger als eine „Neugründung Europas“. Das Buch ist eine Aufforderung an die Bundesregierung, für eine solche Neugründung Europas, die ohne eine Änderung der EU-Verträge nicht zu haben ist, einzutreten. Über die Schwierigkeit,

die Bundesregierung für ein solches Vorgehen zu gewinnen und die Schwierigkeit der Bundesregierung, die anderen Regierungen für diese Reform zu gewinnen, braucht man sich keine Illusionen zu machen. Wer das Buch gelesen hat, hat allerdings auch keine Illusionen mehr über das, was Deutschland erwartet, wenn die Reform nicht gelingt.

In Kapitel 1 „Der Brexit und die Spaltung Mitteleuropas“ legt Sinn dar, dass Deutschland mit dem Brexit seine Sperrminorität im Ministerrat, die es bisher zusammen mit dem Vereinigten Königreich UK, den Niederlanden, Österreich und Finnland hatte, verliert. Gegen die „deutsche Gruppe“ können jetzt Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit gefällt werden. Damit werden Entscheidungen in der Handelspolitik, der Subsidiaritätspolitik, der Marktpolitik, der Sozialpolitik, um nur die wichtigsten zu nennen, gegen Deutschland möglich. Deutschland wird die liberale Wirtschaftspolitik, der es seinen Wohlstand verdankt, nicht verteidigen können.

In Kapitel 2 „Alle wollen nach Deutschland, doch so geht es nicht“ beklagt Sinn, dass die Bundesregierung in der Flüchtlingskrise die Kontrolle über die Einwanderung aus der Hand gegeben und zudem mit ihrem Alleingang eine europäische Lösung des Problems verhindert habe.

Sinn verwahrt sich gegen das Argument, Grenzen müssten offen sein, Zäune seien inakzeptabel. Mit Verweis auf die Theorie der Klubgüter legt er

dar, dass es einen Anspruch auf Inanspruchnahme solcher von den Bewohnern eines Landes finanzierten Klubgüter durch Zuwanderer nicht geben kann. Klubgüter sind Güter, deren Verfügbarkeit und Qualität mit der Zahl der Nutzer sinkt. Die öffentliche Infrastruktur, Polizei, Justiz, öffentliche Verwaltung, Schulen, Universitäten und Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge gehören zu diesen Gütern. Das Recht, den Nicht-Zahlenden die Inanspruchnahme der Klubgüter vorenthalten zu können, d.h. „einen Zaun bauen zu dürfen“, ist ja die Voraussetzung dafür, dass solche Güter überhaupt bereit gestellt werden. Sinn legt Berechnungen vor, wonach sich die Nettolast der aufnehmenden Gesellschaft für einen durchschnittlichen Immigranten über dessen Restlebenszeit hin auf knapp eine halbe Million, also knapp 500 Mrd. Euro für die Million Zugewanderter des Jahres 2015, beläuft.

Analoges gilt auch für die Binnenwanderungen zwischen EU-Ländern. Migranten wandern nicht nur wegen der Lohnunterschiede sondern auch wegen der höheren Sozialleistungen aus Ländern mit niedrigen in Länder mit hohen Pro-Kopf-Einkommen. Die besser ausgebauten Sozialstaaten wirken wie

ein Magnet auf die schlecht Qualifizierten in den armen Ländern und induzieren einen Sozialtourismus.

Diese Entwicklung ist Folge eines falsch konstruierten EU-Regelwerks, wonach das Gastland für die Sozialleistungen an einen Migranten zuständig ist (Inklusionsprinzip). Daraus folgt ein sog. Migrationsdilemma zwischen „Freizügigkeit“ – „Inklusionsprinzip“ – „Sozialstaat“. Alle drei Prinzipien zusammen sind nicht zu haben. Sinn plädiert dafür, das Inklusionsprinzip aufzugeben.

Kapitel 3 „Der Weg in die Haftungsunion“ widmet sich dem Beschluss des BVerfG zum OMT-Programm der EZB vom 21.6.2016. Die EZB hatte in diesem Programm 2012 beschlossen, Staatsschuldtitel hochverschuldeter Euroländer notfalls unbegrenzt anzukaufen, um sie vor dem Konkurs zu

retten. De facto bedeutete dies die Verlagerung des Haftungsrisikos von den Gläubigern einzelner Schuldnerländer auf die Steuerzahler der Euromitgliedsstaaten insgesamt. Gegen den Beschluss der EZB wurde Verfassungsbeschwerde vor dem BVerfG erhoben. Das BVerfG teilte nach Anhörung sachverständiger Ökonomen, darunter auch Sinn, im Wesentlichen die Bedenken der Beschwerdeführer, legte aber, vor einem endgültigen Entscheid, die Angelegenheit dem EuGH vor. Dieser entschied, nicht überraschend, dass der

**S**inns Buch ist, über die Kraft seiner ökonomischen Analyse hinausgehend, insofern ein Markstein, als er erstens eine Reihe von Bedingungen für eine funktionsfähige, politische Union in Europa klar benennt, als er zweitens der Bundesregierung einen langfristigen Zielkatalog an die Hand gibt, der sie aus der bisherigen, beständigen Abwehrhaltung befreit und als er drittens, ein nationales Interesse Deutschlands an der Gestalt der Europäischen Union formuliert, das nicht völlig hinter seinem europäischen Interesse verschwindet.

EZB-Beschluss europarechtskonform sei. Die gegenteiligen Argumente des BVerfG wurden nicht zur Kenntnis genommen oder mit dürren Begründungen zurückgewiesen. In Ansehung dieses Entscheids gab das BVerfG in seinem Beschluss vom 21.6.2016 jedoch klein, sehr klein, bei und wies die Verfassungsbeschwerden mit der Begründung zurück, dass sich „... das OMT-Programm in der vom Gerichtshof vorgenommenen Auslegung nicht offensichtlich außerhalb der der Europäischen Zentralbank zugewiesenen Kompetenzen“ bewegt.

Sinn erinnert an das Versprechen, das die Bundesregierung im Bundestag 1998 bei der Beschlussfassung über die Einführung der gemeinsamen Währung gegeben hatte, wonach kein Land für die Schulden eines anderen Landes haftet. Genau so steht es auch im EU-Vertrag, den alle Euroländer unterzeichnet haben. Der Euro sollte die gemeinsame Währung sein, kein Haftungsvehikel. Nur deshalb stimmte ja Deutschland einem EZB-Rat zu, in dem jedes Land, unabhängig von seiner Größe, genau eine Stimme hat. Demgegenüber erklärte der EZB-Vertreter beim BVerfG in Karlsruhe 2016 ungerührt: „Eine Währungsunion ist eine Haftungsgemeinschaft“ (S.161) Und das BVerfG sieht sich außerstande, die Umfunktionierung

einer Geldunion in eine Haftungsunion als rechtswidrig zu bezeichnen: Schwarzer Juni.

So überzeugend Sinns Kritik an EZB, EuGH und BVerfG auch ist: Es muss jedoch auch gefragt werden, ob es in der Kompetenz der EZB liegt, dem Auseinanderbrechen der Eurozone tatenlos zuzusehen. So sehr Sinn zustimmen ist, dass die EZB kein Mandat dafür hat, Länder für andere Länder in Haftung zu nehmen, so sehr gilt doch auch, dass die EZB kein Mandat dafür hat, über Fortbestand oder Scheitern der Eurozone zu entscheiden. Dies muss Aufgabe der Politik, der Parlamente also, sein und bleiben.

In Kapitel 4 „Gigantomanie der EZB – Wie sich die Politik Rettungsschirme drücken lässt“ schildert Sinn im Detail, welche negativen Wirkungen von der exzessiven Geldpolitik der EZB ausgehen. Darüber hinaus verweist er auf die Ohnmacht der Politik, der EZB in den Arm zu fallen, weil sie – ironischerweise auf Betreiben Deutschlands – als eine von der Politik unabhängige Institution geschaffen wurde. Ohne eine Vertragsrevision wird man daher die mit dem Maastricht-Vertrag inkompatiblen Mandatsüberschreitungen der EZB nicht stoppen können.

Kapitel 5 enthält Sinns Schlussfolgerungen aus dem Geschilderten. Er konstatiert zunächst, dass es so nicht weitergehen kann und schlägt sodann eine Radikalreform vor: „Jetzt muss Deutschland eine Änderung der EU-Verträge verlangen. Und dabei muss es notfalls auch mit einer Änderungskündigung der EU-Verträge drohen. Ziel eines solchen Vorgehens ist es letztlich, einen Prozess in Gang zu setzen, an dessen Ende die Europäische Union funktionsfähige und krisenfeste politische Strukturen entwickelt.“ (S. 305).

Wie soll dieser Prozess in Gang gesetzt werden? Erstens biete der Brexit eine einmalige Chance. Der o.g. drohende Verlust der Sperminorität sei ein unabwiesbarer Grund, auf eine Änderung der Verträge hinzuwirken. Zweitens habe das Urteil des BVerfG zum OMT-Programm gezeigt, dass man die „Kompetenzusurpation“ der EZB mit den derzeitigen rechtlichen Möglichkeiten nicht stoppen kann. Und drittens habe die Flüchtlingswelle gezeigt, dass die Migration in die und innerhalb der Union dringend neuer politischer Regelungen bedarf, um dem Erstarken radikaler Parteien entgegen zu wirken.

Abschließend präsentiert Sinn einen „15-Punkte Plan zur Neugründung Europas“. Der Plan beinhaltet drei Bereiche, den Euro, die Migration und das Subsidiaritätsprinzip.

Die Eurozone sollte in eine „atmende Währungszone umgewandelt werden, in der temporäre Austritte von Ländern möglich sein sollen. Staatskonkurse müssen durch Schaffung einer Konkursordnung beherrschbar und die privaten Gläubiger haftbar gemacht werden. Negative Targetsalden sind durch Übertragung von Gold oder erstklassig besicherten Anleihen zu tilgen. Und Stimmrechte im EZB-Rat sollten nach Größe und Haftung der Länder gewichtet werden.

Die Migrationsproblematik soll durch Aufhebung des Inklusionsprinzips entschärft werden. Ferner sollten EU-Staaten wählen können, ob sie Freizügigkeit der Personen beschränken wollen oder nicht. Im ersten Fall sollten sie in ein Assoziierungsabkommen wechseln können, in dem Freizügigkeit nur für die Bereiche des Warenhandels, der Dienstleistungen und

des Kapitalverkehrs verlangt wird. Auch benachbarten Nicht-EU-Staaten wie etwa Großbritannien oder der Türkei sollten diese Abkommen offen stehen.

Ein Subsidiaritätsgerichtshof soll den Regulierungs- und Integrationsdrang der EU-Kommission bremsen. Umgekehrt sei mehr Integration in den Netzwerkindustrien sowie in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik vonnöten, insbesondere eine europäische Armee mit gemeinsamer Führung und eine Vergemeinschaftung der französischen Atomstreitmacht.

Jeder der letzten drei Abschnitte enthält erkennbar hohes, schier unüberwindliches politisches Konfliktpotential. Wie wahrscheinlich eine Austrittsdrohung einer deutschen Bundesregierung aus der EU wäre, und wie glaubwürdig sie wäre, wenn sie denn käme, mag jeder für sich entscheiden. Aber Sinns Buch ist, über die Kraft seiner ökonomischen Analyse hinausgehend, jedenfalls insofern ein Markstein, als er erstens eine Reihe von Bedingungen für eine funktionsfähige, politische Union in Europa klar benennt, als er zweitens der Bundesregierung einen langfristigen Zielkatalog an die Hand gibt, der sie aus der bisherigen, beständigen Abwehrhaltung befreit und als er drittens, ein nationales Interesse Deutschlands an der Gestalt der Europäischen Union formuliert, das nicht völlig hinter seinem europäischen Interesse verschwindet.

**Markus K. Brunnermeier, Harold James, Jean Pierre Landau: The Euro and the Battle of Ideas. Princeton University Press 2016, 440 Seiten, Hardcover, ISBN 9780691172927. \$ 35,00**

Während die Autoren beider zuvor genannten Bücher zum Euro und zu Europa vorwiegend aus deutscher und volkswirtschaftlicher Sicht heraus argumentieren, verfolgen die Autoren des hier zu besprechenden Buches einen internationalen und interdisziplinären Ansatz.

Die unterschiedliche Wahrnehmung der Vor- und Nachteile des Euro in den europäischen Ländern lässt es ja durchaus als reizvoll erscheinen, Autoren unterschiedlicher Nationalitäten in einem Buch zu versammeln. So gibt es Sammelbände zum Euro, zu denen Autoren aus verschiedenen Ländern eigene Aufsätze beisteuern. Die Lektüre solcher Werke lässt den Leser freilich oftmals unbefriedigt zurück, weil er nicht sieht, ob, und wenn ja, wie die verschiedenen Standpunkte in Einklang gebracht werden können. Anders hier: Die Autoren, je einer aus Deutschland, England und Frankreich schreiben nicht je einen eigenen, sondern einen gemeinsamen Text und leisten die Integrationsaufgabe selbst, statt sie dem Leser zu überlassen.

Brunnermeier, 48, ist Deutscher, Geldtheoretiker und Professor of Economics in Princeton/USA, James, 61, Engländer, Wirtschaftshistoriker und Professor of History and International Affairs ebenfalls in Princeton, Landau schließlich, 71, Franzose und früherer Inhaber hochrangiger Positionen bei der Banque der France, dem Internationalen Währungsfonds und anderen internationalen Organisationen.

Erleichtert wird die Aufgabe für die drei Autoren dadurch, dass sie durch ihre Berufstätigkeit in den USA bzw. bei internationalen Institutionen einen hinreichend distanzierten, weltwirtschaftlich geprägten Blick auf ihre Heimatländer haben.